

# Windkraft: »Müssen die Notbremse ziehen«

Paderborner Kreis-CDU startet Offensive zur Abschaffung der Privilegierung von Windenergie

■ Von Per Lütje

Paderborn (WV). Die CDU fordert die Abschaffung der Privilegierung von Windkraftanlagen und will so den Kommunen das Heft des Handelns zurückgeben. Darauf hat sich die Union im Kreis Paderborn verständigt. Sie will nun Druck auf die rot-grüne Landesregierung ausüben.

»Wir wollen bewusst mit einer Stimme sprechen«, betont CDU-Kreisvorsitzender Karl-Heinz Wange in der Parteizentrale am Liboriberg. Er hat am Rande der zweitägigen Klausurtagung die Bürgermeister aus Salzkotten, Lichtenau und Büren, Landrat Manfred Müller, den Landtagsabgeordneten Volker Jung und den Bundestagsabgeordneten Carsten Linnemann zusammengetrommelt, um Geschlossenheit zu demonstrieren und dem Ansinnen politisches Gewicht zu verleihen.

Linnemann verweist auf die druckfrische erste Gesetzesfas-

sung der Großen Koalition, die den Ländern ermögliche, eigene Regeln etwa zu Mindestabstandsgrenzen zur Wohnbebauung festzulegen. »Davon will NRW aber nicht Gebrauch machen«, schimpft Volker Jung. Er wirft Rot-Grün vor, sich aus der Verantwortung zu stehlen und dadurch den Unfrieden in den Kommunen zu fördern. »Sonst regelt das Land doch auch alles bis ins Detail und auf die unterste Ebene.«

Burkhard Schwuchow (Büren) und Dieter Merschjohann (Lichtenau) sprechen von »Ohnmacht und Hilflosigkeit«. Es könne nicht angehen, dass im Baugesetzbuch seit 1997 eine Privilegierung der Windkraft festgeschrieben sei, ohne dass es überhaupt ein Planungsziel gebe. »Nach dem Motto: Plant erstmal ohne Rahmenbedingungen und Gerichte überprüfen anschließend, ob der Windkraft genug Raum gegeben wurde und der Flächennutzungsplan Bestand hat«, beschreibt Schwuchow das Dilemma der Kommunen. Und die Zeit drängt: So lägen in Lichtenau 79 Anträge auf Windkraftanlagen vor, in Büren seien es 37.

Auch Salzkottens Bürgermeister

Michael Dreier macht deutlich, dass sich Kommunen und Gemeinderäte nicht mehr in der Lage sähen, rechtssicher zu planen und gleichzeitig die Betroffenheit der Menschen zu berücksichtigen. »Wir sitzen heute hier, um die Notbremse zu ziehen«, sagt der CDU-Kandidat für das Bürgermeisteramt in Paderborn.

Landrat Müller betont, dass die CDU für die Energiewende sei, sich jedoch angesichts von 400 laufenden und zusätzlich 150 beantragten Anlagen im Kreis Paderborn die Frage stelle, ob das Soll nicht erfüllt sei. Vor diesem Hintergrund verlangt die CDU, den Begriff des »substanziellen Raumgebens« durch den Gesetzgeber mit Inhalt füllen zu lassen, um eine rechtssichere Planungsgrundlage zu erhalten. Das ließe sich beispielsweise durch die Festlegung einer Mindestfläche für Windenergieanlagen regeln, bei deren Erreichen die Kommune ihr Soll erfüllt hätte. Zusätzlich fordert die Paderborner Kreis-Union einen Mindestabstand von 1000 Metern (Dreier: »Besser wäre mehr«) zur Wohnbebauung und eine deutliche Senkung der Einspeisevergütung.



Zeigen sich in ihrer Forderung nach einem sozialverträglichen und bürgerfreundlichen Windenergieausbau geschlossen (von links): Volker Jung, Burkhard Schwuchow, Maria Beckmann-Junge, Dr. Carsten Linnemann, Manfred Müller, Dieter Merschjohann, Michael Dreier und Karl-Heinz Wange.  
Foto: Per Lütje